

**Information nach Artikel 13 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)**  
 (Erhebung personenbezogener Daten bei der betroffenen Person)

|  |   |
|--|---|
| <b>1.) Bezeichnung der Datenverarbeitung:</b>                                      | Gewährung von Wohngeld  |
| <b><u>Art. 13 Abs. 1 DSGVO:</u></b>  |   |
| <b>2.) Verantwortlicher:</b>   | Stadt Iserlohn<br>Der Bürgermeister<br>Bereich Soziales<br>Werner-Jacobi-Platz 12<br>58636 Iserlohn<br>Tel. 02371/217-1242<br>Fax 02371/217-2995<br>E-Mail-Adresse: <a href="mailto:wohngeld@iserlohn.de">wohngeld@iserlohn.de</a>  |
| <b>3.) Ggf. Vertretung:</b>  | entfällt  |
| <b>4.) Datenschutzbeauftragter:</b>  | Stadt Iserlohn<br>-Der Bürgermeister-<br>Datenschutzbeauftragter<br>Schillerplatz 7<br>58636 Iserlohn<br>Tel.: 02371/217-1120<br>Fax: 02371/217-2995<br>E-Mail-Adresse: <a href="mailto:datenschutz@iserlohn.de">datenschutz@iserlohn.de</a>  |
| <b>5.) Zweck/e der Verarbeitung personenbezogener Daten:</b>                       | Durchführung des Wohngeldgesetzes beziehungsweise die Ermittlung der für das Wohngeld maßgeblichen Verhältnisse zur Bewilligung von Wohngeld.   |
| <b>6.) Rechtsgrundlage der Verarbeitung:</b>                                       | - Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c) DSGVO<br>- § 3 Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (DSG NW) i. V. mit §§ 67a ff. SGB X und § 23 WoGG<br>- Darüber hinaus ist die Verarbeitung Ihrer Daten gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchst. a) DSGVO auch möglich, wenn und soweit Sie Ihre Einwilligung gegeben haben.   |
| <b>7.) Ggf. berechnete Interessen:</b>   | entfällt  |
| <b>8.) Ggf. Empfänger / Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:</b> | Daten, die durch die Auszahlung entstehen, werden an die Südwestfalen-IT und die Sparkasse der Stadt Iserlohn für die Abwicklung des Bezahlvorgangs weitergegeben. Dieselben Daten werden auch in der Abteilung Betriebswirtschaft und Stadtkasse für die Buchhaltung verwendet.<br><br>Die anonymisierten Daten erhalten außerdem Landesbetrieb IT.NRW, Statistisches Bundesamt, das für das Bauwesen zuständige Bundesministerium, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung zur Erstellung der Wohngeldstatistik. |

|   |   |
|---|---|
| <b>9.) Ggf. beabsichtigte Übermittlung an ein Drittland außerhalb der EU oder eine internationale Organisation:</b> | Eine Übermittlung erfolgt nicht.  |
| <b><u>Art. 13 Abs. 2 DSGVO:</u></b>   |   |
| <b>10.) Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten:</b>  | <p>Personenbezogenen Daten werden gelöscht, sobald sie für die Anwendung des Wohngeldgesetzes (WoGG) nicht mehr benötigt werden, vgl. §§ 33 Abs. 3 S. 3, Abs. 4 S. 2 und Abs. 5 S. 6/7, § 35 Abs. 2 S. 2 WoGG, § 19 Abs. 4 und § 20 WoGV, und rechtliche Aufbewahrungsfristen abgelaufen sind. Vgl. dazu Teil A Nr. 24.01 Wohngeld-Verwaltungsvorschrift: Aufbewahrung längstens 10 Jahre, um z. B. Entscheidungen über rückwirkende Änderungen bzw. bei Rechtswidrigkeit zu ermöglichen, § 27 Abs. 4 S. 3 und § 33 Abs. 2 S. 2 WoGG, § 45 Abs. 3 S. 4 SGB X.</p> <p>Im Regelfall werden die Daten bei Bewilligung jedoch nach 6 Jahren gelöscht. Bei Ablehnung des Antrags bereits nach 1 Jahr.</p> <p>Ist eine Forderung im Zusammenhang mit einem Antrag noch offen, werden die Daten gemäß den Vorschriften der Zivilprozessordnung (ZPO) oder des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) 30 Jahre lang aufbewahrt, weil die Ansprüche erst dann verjähren. Die Berechnung der Frist erfolgt je nach Vollstreckungsversuch.</p>   |
| <b>11.) Rechte der Betroffenen:</b>   | <p>Betroffene Personen haben insbesondere folgende Rechte, wenn die rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Art.15: Recht auf Auskunft über die verarbeiteten personenbezogenen Daten</li> <li>• Art.16: Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten</li> <li>• Art.17: Recht auf Löschung (Vergessenwerden)</li> <li>• Art.18: Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung</li> <li>• Art.20: Recht auf Datenübertragbarkeit</li> <li>• Art.21: Recht auf Widerspruch gegen die Datenverarbeitung</li> <li>• Art.77: Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde:</li> </ul> <p>Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit (LDI-NRW), Postfach 20 04 44, 40102 Düsseldorf, Telefon 0211 / 38424-0, Fax 0211 / 38424-10, Email <a href="mailto:poststelle@ldi.nrw.de">poststelle@ldi.nrw.de</a>, Internet <a href="http://www.ldi.nrw.de">www.ldi.nrw.de</a></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Art.7: Erfolgt die Datenverarbeitung auf Grundlage einer Einwilligung, so besteht das Recht, die Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen.</li> </ul> |
| <b>12.) Die Bereitstellung (Angabe) der personenbezogenen Daten ist vorgeschrieben durch:</b>                       | <input checked="" type="checkbox"/> Gesetz<br><input type="checkbox"/> Vertrag<br><br><input type="checkbox"/> nicht vorgeschrieben   |
| <b>13.) Die Bereitstellung (Angabe) der personenbezogenen Daten ist für einen Vertragsabschluss erforderlich:</b>   | <input type="checkbox"/> Ja<br><input checked="" type="checkbox"/> Nein   |

|  |  |
|--|--|
| <p><b>14.a) Die betroffene Person ist -rechtlich- verpflichtet zur Bereitstellung (Angabe) der personenbezogenen Daten:</b></p> <p><b>14.b) Die Nichtbereitstellung der Daten hätte nebenstehende mögliche Folgen:</b></p> | <p><input checked="" type="checkbox"/> Ja<br/><input type="checkbox"/> Nein</p> <p>Beschreibung der Folgen und Auswirkungen:<br/>Über den Antrag kann nicht entschieden werden. Wohngeld wird nicht bewilligt. Bereits bewilligte Leistungen müssen evtl. wieder versagt werden.</p> |
| <p><b>15.) Es besteht eine automatisierte Entscheidungsfindung gemäß Artikel 22 Absätze 1 und 4 DSGVO (z.B. durch Profiling):</b></p>  | <p><input type="checkbox"/> Ja<br/><input checked="" type="checkbox"/> Nein</p> <p>Wenn ja, die involvierte Logik sowie die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen der Verarbeitung für die betroffene Person nachvollziehbar beschreiben:</p>                                  |
| <p><b><u>Art. 13 Abs. 3 DSGVO:</u></b></p>   |  |
| <p><b>16.) Es ist beabsichtigt, die Daten für einen oder mehrere andere/n Zweck/e, als unter Ziffer 5 genannt, weiterzuverarbeiten:</b></p>  | <p><input type="checkbox"/> Ja<br/><input checked="" type="checkbox"/> Nein</p> <p>Wenn ja, insbesondere andere/n Zweck/e nennen, Rechtsgrundlage angeben usw.:</p>  |

## Information nach Artikel 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

(wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden)

|   |   |
|---|---|
| <b>1.) Bezeichnung der Datenverarbeitung:</b>                         | Gewährung von Wohngeld  |
| <b><u>Art. 14 Abs. 1 DSGVO:</u></b>                                   |   |
| <b>2.) Verantwortlicher:</b>  | Stadt Iserlohn<br>Der Bürgermeister<br>Bereich Soziales<br>Werner-Jacobi-Platz 12<br>58636 Iserlohn<br>Tel. 02371/217-1242<br>Fax 02371/217-2995<br>E-Mail-Adresse: <a href="mailto:wohngeld@iserlohn.de">wohngeld@iserlohn.de</a>  |
| <b>3.) Ggf. Vertretung:</b>   | entfällt  |
| <b>4.) Datenschutzbeauftragter:</b>                                   | Stadt Iserlohn<br>-Der Bürgermeister-<br>Datenschutzbeauftragter<br>Schillerplatz 7<br>58636 Iserlohn<br>Tel.: 02371/217-1120<br>Fax: 02371/217-2995<br>E-Mail-Adresse: <a href="mailto:datenschutz@iserlohn.de">datenschutz@iserlohn.de</a>  |
| <b>5.) Zweck/e der Verarbeitung personenbezogener Daten:</b>          | Durchführung des Wohngeldgesetzes beziehungsweise die Ermittlung der für das Wohngeld maßgeblichen Verhältnisse zur Bewilligung von Wohngeld.   |
| <b>6.) Rechtsgrundlage der Verarbeitung:</b>                          | - Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c) DSGVO<br>- § 3 Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (DSG NW) i. V. mit §§ 67a ff. SGB X und § 23 WoGG<br>- Darüber hinaus ist die Verarbeitung Ihrer Daten gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchst. a) DSGVO auch möglich, wenn und soweit Sie Ihre Einwilligung gegeben haben.   |
| <b>7.) Kategorien personenbezogener Daten die verarbeitet werden:</b> | Name, Vorname, Geburtsdatum und -ort, Anschrift, Telefonnummer (freiwillige Angabe), E-Mailadresse (freiwillige Angabe), Familienstand, Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus, Rentenversicherungsnummer/Sozialversicherungsnummer, Bankverbindung.<br><br>Daten über die Einkommens- und Vermögensverhältnisse, Daten über den Bezug von Sozialleistungen (Leistungszeitraum, Leistungshöhe, Leistungsart), Daten zu Wohnraummietverträgen, Daten über Unterhaltsansprüche/Regressansprüche, Daten zur Krankenversicherung/Rentenversicherung/Pflegeversicherung, Daten zur Dauer und Beendigung eventueller Beschäftigungsverhältnisse, Vollstreckungsdaten, Daten zum Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG). |

|   |   |
|---|---|
| <b>8.) Ggf. Empfänger / Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:</b>                                  | <p>Daten, die durch die Auszahlung entstehen, werden an die Südwestfalen-IT und die Sparkasse der Stadt Iserlohn für die Abwicklung des Bezahlvorgangs weitergegeben. Dieselben Daten werden auch in der Abteilung Betriebswirtschaft und Stadtkasse für die Buchhaltung verwendet.</p> <p>Die anonymisierten Daten erhalten außerdem Landesbetrieb IT.NRW, Statistisches Bundesamt, das für das Bauwesen zuständige Bundesministerium, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung zur Erstellung der Wohngeldstatistik.</p>  |
| <b>9.) Ggf. beabsichtigte Übermittlung an ein Drittland außerhalb der EU oder eine internationale Organisation:</b> | <p>Eine Übermittlung erfolgt nicht.</p>   |
| <u><b>Art. 14 Abs. 2 DSGVO:</b></u>   |   |
| <b>10.) Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten:</b>  | <p>Personenbezogenen Daten werden gelöscht, sobald sie für die Anwendung des Wohngeldgesetzes (WoGG) nicht mehr benötigt werden, vgl. §§ 33 Abs. 3 S. 3, Abs. 4 S. 2 und Abs. 5 S. 6/7, § 35 Abs. 2 S. 2 WoGG, § 19 Abs. 4 und § 20 WoGV, und rechtliche Aufbewahrungsfristen abgelaufen sind. Vgl. dazu Teil A Nr. 24.01 Wohngeld-Verwaltungsvorschrift: Aufbewahrung längstens 10 Jahre, um z. B. Entscheidungen über rückwirkende Änderungen bzw. bei Rechtswidrigkeit zu ermöglichen, § 27 Abs. 4 S. 3 und § 33 Abs. 2 S. 2 WoGG, § 45 Abs. 3 S. 4 SGB X.</p> <p>Im Regelfall werden die Daten bei Bewilligung jedoch nach 6 Jahren gelöscht. Bei Ablehnung des Antrags bereits nach 1 Jahr.</p> <p>Ist eine Forderung im Zusammenhang mit einem Antrag noch offen, werden die Daten gemäß den Vorschriften der Zivilprozessordnung (ZPO) oder des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) 30 Jahre lang aufbewahrt, weil die Ansprüche erst dann verjähren. Die Berechnung der Frist erfolgt je nach Vollstreckungsversuch.</p> |
| <b>11.) Ggf. berechnete Interessen:</b>   | <p>entfällt</p>   |

|  |   |
|--|---|
| <p><b>12.) Rechte der Betroffenen:</b></p>   | <p>Betroffene Personen haben insbesondere folgende Rechte, wenn die rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Art.15: Recht auf Auskunft über die verarbeiteten personenbezogenen Daten</li> <li>• Art.16: Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten</li> <li>• Art.17: Recht auf Löschung (Vergessenwerden)</li> <li>• Art.18: Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung</li> <li>• Art.20: Recht auf Datenübertragbarkeit</li> <li>• Art.21: Recht auf Widerspruch gegen die Datenverarbeitung</li> <li>• Art.77: Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde:</li> </ul> <p>Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit (LDI-NRW), Postfach 20 04 44, 40102 Düsseldorf, Telefon 0211 / 38424-0, Fax 0211 / 38424-10, Email <a href="mailto:poststelle@ldi.nrw.de">poststelle@ldi.nrw.de</a>, Internet <a href="http://www.ldi.nrw.de">www.ldi.nrw.de</a></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Art.7: Erfolgt die Datenverarbeitung auf Grundlage einer Einwilligung, so besteht das Recht, die Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen.</li> </ul> |
| <p><b>13.) Die personenbezogenen Daten stammen aus folgender Quelle:</b></p>   | <p>Antragsteller/in, Angehörige, Haushaltsmitglieder, andere (Mit-)Bewohner/innen der Wohnung, Jobcenter, Agentur für Arbeit, andere Fachdienste, Wohngeldstellen anderer Städte/Gemeinden, Einwohnermeldebehörden anderer Städte, Datenstelle der Deutschen Rentenversicherung, Bundeszentralamt für Steuern, Ämter für Ausbildungsförderung, Familienkasse, Finanzamt, Unterhaltsvorschussstelle, andere Fachdienste, Banken und Kreditinstitute, Arbeitgeber, Wohnungsvermieter/innen, Unterhaltspflichtige, Polizei, Staatsanwaltschaft, Gerichte, zuständige Landesstelle für den Datenabgleich.</p> <p>Dabei handelt es sich sowohl um öffentlich-zugängliche als auch um nicht öffentlich-zugängliche Quellen. Öffentlich zugängliche Quellen sind z. B. das Internet, öffentliche Register (wie Melderegister, Handelsregister), die Grundbuchämter oder öffentliche Bekanntmachungen.</p>  |
| <p><b>14.) Es besteht eine automatisierte Entscheidungsfindung gemäß Artikel 22 Absätze 1 und 4 DSGVO (z.B. durch Profiling):</b></p>    | <p><input type="checkbox"/> Ja<br/> <input checked="" type="checkbox"/> Nein</p> <p>Wenn ja, die involvierte Logik sowie die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen der Verarbeitung für die betroffene Person nachvollziehbar beschreiben:</p>  |
| <p><b><u>Art. 14 Abs. 4 DSGVO:</u></b></p>   | <p style="background-color: #cccccc;"></p>  |
| <p><b>15.) Es ist beabsichtigt, die Daten für einen oder mehrere andere/n Zweck/e, als unter Ziffer 5 genannt, weiterzuarbeiten:</b></p> | <p><input type="checkbox"/> Ja<br/> <input checked="" type="checkbox"/> Nein</p> <p>Wenn ja, insbesondere andere/n Zweck/e nennen, Rechtsgrundlage angeben usw.:</p>  |